

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

257 (6.6.1918) Mittagblatt

Der Feind über den U-Boot-Krieg.

„Das feindliche Unterseeboot war das geschickteste und furchtbarste Kampfmittel seiner Art, das je erfunden worden ist.“

Oberster, 20. Januar 1918.

„Zeigt sich nicht innerhalb weniger Monate, daß deutsche U-Boote schneller zerstört als gebaut werden und daß neue Schiffe schneller gebaut als versenkt werden, so muß eine abermalige Revolution in der Admiralität vor sich gehen.“

Oberster, 20. Januar 1918.

ten deutschen Seehandelschiffen vorgetragen werden könne. Die Einladung weist darauf hin, daß die Abwertung des Seeweges die letzte und eigentliche Ursache für die jetzige Zwangslage ist, die in Wegfall kommen müsse, sobald der Weg zu den überseeischen Handelsplätzen wieder frei werde.

Baden.

Zentrum und Verhältniswahlrecht.

Bu dieser Frage bringt der Volksfreund einen Artikel, der jedoch nicht von sachlichem, sondern rein agitatorischem Belang ist. Die agitatorische Wucht ergibt sich aus den Schlussätzen, die folgendermaßen lauten:

Das Zentrum möge doch ehrlich sein und die wahren Gründe für seine Stellung sagen. Die Ansicht, die Mehrheit in der Kammer zu erhalten, bestimmt seine jetzige Haltung; nur dieserhalb hält es an der Verhältniswahl fest, alle anderen dafür angeführten Gründe sind Schein und Heuchelei. Dem Proporz in den Großstädten stimmt das Zentrum nur zu, weil es dessen politische Vorteile erhofft. Das Zentrum sieht die Neuordnung in der Erweiterung der Rechte für die Kirche und darin, dem Volke mehr Religion zu geben. Erweiterung der Volksrechte und Schaffung eines der Gerechtigkeit entgegenkommenden Wahlrechtes, sind ihm Nebensache.

Die heutige Stellungnahme des Zentrums zur Verhältniswahl für die Landtagswahlen besteht darin, daß das Zentrum nach wie vor der Verhältniswahl nicht ablehnend gegenüber steht, positiv aber den Vorschlag macht, zunächst die Verhältniswahl für die großen Städte einzuführen, weil dort tatsächlich große Minderheiten togeteilt sind, die durch den Proporz zu ihrem Rechte kämen. Wie man aus dem Volksfreund ersieht, hat die sozialdemokratische Leitungsinstanz nichts gelernt und nichts vergessen. Nicht wie die Dinge wirklich liegen, ist für die Sozialdemokratie von Bedeutung, sondern wie sie sie darstellen für sie findet.

Die feindlichen Brüder.

Erzählung aus vergangener Zeit von Hermann Sirtsheld.

„So könnt' mir doch recht,“ rief Jutta, „eine Ladung ist der Brief zum Stellbischen. Das Fräulein soll zuhause sein, halt ein e's Nichten soll sie zu e' dort finden. Das wird ein lustiges Festnachtsfest an der Schwelle des heiligen Ortes. Viel Glück zu den g'genseitigen Ueberreichungen. Ihr werdet der Poste G'gen sein; ich möchte Euch darum beneiden, müßt' ich nicht, Ihr werdet mir die Lust reichlich vergüten, welche ich Euch bereite. Denn auch an Herzog Adreht lassen wir ein Brieflein abgeben, geheimnisvollen, deutungsreichen Inhalts, welcher ihn im Namen einer unglücklichen, edlen, jungen Dame um die siebente Stunde zur Waldkapelle beschleitet. Ich selber überbringe ihm das Schreiben und tu' verstockigen, wie's einer Diebesbotin ziemt. Er wird schon kommen zur bestimmten Zeit, wird Fräulein Kunigunde in holder Doppeltracht mit seinem besten Freunde überraschen, oder sich von diesem überraschen lassen, und dann kommt Ihr, als ob Ihr gramerfüllt ein letztes Wort in Waldinankheit mit dem zu tauschen gedachtet, den Ihr geliebt ohne jeden Eigennutz und der sich ohne Grund von Euch g'wendet. Mag er Euch glauben oder nicht, was liegt daran, was mir, ob man mich feindselig verdächtigt? Ich habe in Euch ein Glied des edlen Hauses heut' erkannt, dem ich in Treue diene; Ihr verspricht, für mich zu sorgen, und es' es Nacht wird, lös' ich meinen Dienst und komme zu Euch. Was ich im Waldhause gewollt, ist dann erfüllt; ich aber will nach Ehrenfels heimfahren. Wer und unbedient steht meiner hohen Götter Altar im Turmgemach, und allerschwach und weich wird Frau Sibylla;

der Masse nicht und möchte Vorzüge treffen, sie durch die Parteiführer etwas mehr ans Leitende zu bekommen; denn das wird allgemein zugestanden, daß die Verhältniswahl den Einfluß der Parteiaktion gegenüber den Parteigehörigen vergrößert. Man muß das sagen gegenüber dem allerdings recht brüchigen sozialdemokratischen Versuch, das Zentrum der Volksfeindlichkeit zu beschuldigen, weil es in der Frage der Verhältniswahl nicht ganz die von der Sozialdemokratie gewünschte Haltung einnimmt.

Die Verhältniswahl für den Landtag hat wie bekannt, verschiedene Vorteile, aber auch Nachteile. Bei ihrer Einführung müßte darauf gesehen werden, sich deren Vorteile möglichst zu nutze zu machen und die Nachteile möglichst zu vermeiden. Es wäre daher viel gescheiter und verdienstvoller, freilich auch schwerer, sich mit der Frage zu beschäftigen, welches von den vielen möglichen Systemen der Verhältniswahl das beste wäre, statt mit demagogischen Phrasen zu drohen, wie der Volksfreund es tut. Die Verhältniswahl begegnet nach unserer festen Ueberzeugung beim Zentrum nicht dem geringsten Widerstand, sobald die praktische Frage einmal befriedigend gelöst ist. Und es ist rein unverständlich, warum die Sozialdemokratie sich dem Vorschlag des Zentrums, der auch von der Regierung gebilligt wird, widersetzt, zunächst in den großen Städten die Verhältniswahl einzuführen, wo die Verhältniswahl für deren Einführung besonders günstig liegen. Der Einwand, das Zentrum juche auf diese Weise etwas für sich zu ergattern, fällt weg, weil ja von niemand bestritten wird, daß das Verhältniswahlrecht das Recht der Minderheiten in durchaus gerechter Weise wahrt, also niemand einen ungerechten Vorteil verschafft und niemand ungerecht benachteiligt. Dem Zentrum aber den Vorwurf zu machen, es sei deshalb gegen den Proporz für den Landtag, weil es mit dem bisherigen Wahlrecht die Mehrheit in der Kammer zu erhalten hoffe, ist lächerlich. Denn 1. ist das Zentrum überhaupt nicht gegen die Verhältniswahl und zweitens sollte man dem Zentrum denn doch nicht eine Politik zurechnen, die so einfach und einfältig wäre, wie die genannte. Von unserer Seite wurde schon öfters ausgeprochen, daß das Zentrum unter Proporz nicht bloß abzuscheiden würde als unter dem jetzigen System. Für eine absolute Mehrheit des Zentrums reicht es, wenn nicht ganz besondere, heute nicht abzusehende Verhältnisse eintreten, weder mit noch ohne Proporz. Und mit nebensächlichen Möglichkeiten in der Zukunft in der Politik fest zu rechnen und sie zur Grundlage für die Stellungnahme zu bestimmten Forderungen zu machen, das überläßt die Führung der Zentrumspartei gern jenen Politikern, die überhaupt mehr von Missionen als von den Wirklichkeiten des Lebens leben.

Das Kirchengesetz.

kommt morgen Vormittag in der Ersten Kammer zur Verhandlung. Der Herr Erzbischof wird, wie wir sicher erfahren, die Forderung des unterbreiten und den Verhandlungen anwohnen. Die Nachricht von den geplanten Verschlechterungsanträgen hat im ganzen Land des größte Aufsehen erregt. Mehr wollen wir zur Stunde nicht sagen.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

BZK. Karlsruhe, 5. Juni 1918. Präsidentenkapf eröffnet die 54. Sitzung um 4 Uhr 20 Minuten. Eingegangen ist ein Schreiben des Sanitätsrates des 14. Reservekorps über die beantragten Neuorganisationen von Koblenz, Trierberg und Ueberlingen, wonach unter den vielen Tausenden von Kranken vier Fälle von Selbstmord bzw. Selbstmordversuch vorgekommen seien. Die Letzte habe kein Schuld getroffen. Aus dem Tagungsmaterial geht hervor, daß diese bedauerlichen Fälle, wie sie in jedem Reservekorps vorkommen, mit dem Selbstmord nicht im Zusammenhang stehen. Staatsminister Frhr. v. Hofmann: In der Budgetkommission ist heute gefaßt worden, daß die Urlauben

für die Generale nicht genügen. Das Generalkommando teilt mit: Bei den beiden Oberländer Brigaden fehlen für die Urlauben 2800 Mann. Das Generalkommando hat jedoch an das Kriegsministerium telegraphisch um Zuweisung von 2800 Mann aus anderen Korpsbezirken, damit die Generale nicht gefährdet wird, und wir haben unsere Gesandten angewiesen, diesen Schritt in Berlin zu unterstützen. Damit ist alles geschehen, was geschehen konnte. (Lebhafte Beifall.)

Präsident Kapf dankt dem Staatsminister für diesen Schritt. Es wird zunächst eine Resolution des Nachtragsrats im Betrage von 12.800 Mark für einen außerordentlichen vorrätigen Rat (Handelsrat) in Berlin beraten. Berichterstatter Abg. Dr. Schöfer (Nr.) begründet die Anforderung im Hinblick auf den Rückgang der südwestdeutschen Handelskammern in Frankfurt, monach und schwer bedrückte sind durch die Schaffung eines Handelsrats. Er bitte, die Resolution zu genehmigen.

Abg. Rehmann (nall.) befürwortet ebenfalls die Forderung. Das bedeute keinen Partikularismus, sondern eine berechtigte Notwehr. Wir stimmen im Interesse von Handel und Industrie gerne der Forderung zu und hoffen, daß der neue Bevollmächtigte eine recht erfolgreiche Tätigkeit entfalte.

Abg. Bötger (Soz.): Hier handelt es sich um eine Sache von außerordentlicher großer Bedeutung. Die Angelegenheit der Berliner Kriegsgesellschaften belaufen sich auf Milliarden. Unser Handel hat nur Scherezeren. Die offensichtliche Zurückziehung unserer Handels tritt noch mehr anlage bei der Zusammenkunft des Reichswirtschaftsrats und des Reichs beim Reichshaus, wo nicht ein einziger südwestdeutscher Vertreter vorhanden ist. Ein einziger südwestdeutscher Vertreter vorhanden ist. Ein einziger südwestdeutscher Vertreter vorhanden ist. Ein einziger südwestdeutscher Vertreter vorhanden ist.

Abg. Seubert (Nr.): Ich kann mich den Ausführungen der Vorträger nur anschließen. Wir Badener sind schlechter daran durch die Gestaltung der Dinge 1870. Am besten sieht man dies bei der Militärordnung. Ich hoffe, daß mit der Anforderung eine Verbesserung angebahnt werde.

Abg. Obernath (N. R.): Die Verhältnisse haben sich so geändert, daß sie unbillig wurden. Der neue Bevollmächtigte möchte auch Fühlung mit Handel und Industrie halten, so daß man nicht mehr wegen jeder Sache nach Berlin fahren muß.

Abg. Vanscheidt (N. R.) hofft ebenfalls, daß eine Verbesserung eintrete und spricht sich für die Anforderung aus.

Staatsminister Frhr. v. Hofmann ist dankbar für die freundliche Aufnahme der Anforderung. Auch bisher hat die badische Gesamtheit im Verein mit einer Anzahl tüchtiger Herren gut gewirkt. So ist nicht, wie Bötger sagt, daß wir unerschwinglich schlecht gestellt worden sind. Wir wurden reichlich mit Heeresleistungen bedacht. Gleichwohl ist eine besondere Vertretung wünschenswert. Es ist beabsichtigt, einen Mitarbeiter im Ministerium des Innern nach Berlin zu schicken, der die technischen Vertreter zusammenfassen und auch Fühlung mit den Reichstagsabgeordneten pflegen soll. (Beifall.) Die Forderung ist nicht durch die südwestdeutsche Handelskammeranfrage angeregt worden, sie war schon vorher angefordert; die frankfurter Tagung ist aber eine beachtliche Stimme in dieser Richtung. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß durch die neugeschaffene Vertretung in Berlin Baden noch wirksamer vertreten wird als bisher.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Es folgt die

Veratung der Verfassungsanträge. Berichterstatter Abg. Willemann (Nr.): Am 22. Aug. d. J. begehren wir den 100. Jahrestag der badischen Verfassung; am 22. April 1919 können wir den 100. Jahrestag begehen, an dem der erste badische Landtag zusammentrat. Die Forderung zum gegenwärtigen Landtag kündete die Erweiterung der Verfassungsrechte an. Der Staatsminister vertrat einen Gesandten vorzulegen, der die Verhältniswahl für die großen Städte bringe. Die Anträge und Petitionen bezeichnen eine Aenderung der Ersten Kammer und Zuziehung von Berufsvertretern und Vertretern der Städte und Handelskammern und des Erzbischofs. Der nationalliberale Antrag will außerdem eine Verminderung der Mitgliederzahl und Verhältniswahl für die Zweite Kammer. Gewünscht wurde ferner das Frauenstimmrecht. Die allgemeine Ansprache in der Verfassungskommission zeigte, daß auf die Anträge ein Blick in Frühlingssnacht fiel. Es wurde erlangt, daß die Zahl der Vertreter in der Ersten Kammer zu große werde. Man ergriff schließlich auf zwei Arbeitervertreter, sowie auf einen Stellvertreter des Erzbischofs und entsprechend einen solchen für den evangel.

Chronik des dritten Kriegsjahres.

6. Juni: Nicaragua bricht mit Deutschland. — Neujahr französischer Stellungen am Oberrhein des Tages.

Präsidenten. Man erkannte, daß man mit der Annahme der Anträge im übrigen ins Uferlose komme und sah deshalb davon ab. Durch einen der Anträge wurde die Abschaffung der Adelsvorrechte gefordert, der Antrag wurde aber mit Mehrheit abgelehnt. Von sozialdemokratischer Seite wurde für Mannheim der jedne Abgeordnete verlangt, jedoch von anderer Seite darauf hingewiesen, daß das platte Land mehr beachtet und gerechert werden müsse, da hinter dem Bauern auch seine Scholle stehe. Von nationalliberaler Seite wurde neben dem Prälaten noch ein Vertreter des evangel. Oberkirchenrats beantragt, entsprechend wurde vom Zentrum ein Vertreter der Seefahrtsgewerkschaften beantragt. Es ergaben sich aber praktische Schwierigkeiten, so daß man sich schließlich darauf einigte, keine weiteren konstitutionellen Vertreter zu bewilligen, sondern nur den Erzbischof und entsprechend den Prälaten, das Stimmvertragsrecht einzunehmen. Das Zentrum wünschte eine Verneuerung der landwirtschaftlichen Vertreter der Ersten Kammer, die Nationalliberalen eine Verneuerung der Vertreter der großen Städte und von Handel und Industrie. Eine Mehrheit legte über beide Anträge ab. Die Antragsteller verzichteten angesichts der Ausichtslosigkeit auf die Weiterbehandlung ihrer Anträge. Der nationalliberale Antrag verlangte weiter eine Verneuerung der Ersten Kammer durch Bürgermeister der mittleren und kleineren Gemeinden; ähnlich verlangte der Antrag des Zentrums seit bisher 1. künftige Bürgermeister der Reichstagsabgeordneten. Die Regierung hielt eine solche Verneuerung nicht für angängig. Eine Mehrheit hätte sich vielleicht finden lassen, aber im Bestreben, die Wünsche im ganzen zu erledigen, einigte man sich darauf, auch hier zu verzichten und zwei Arbeitervertreter, gewählt durch die Arbeiterkammer, zu bewilligen. Der Antrag Rehmann will den Präsidenten der Oberrechnungskammer ebenfalls als Mitglied Erster Kammer. Die Mehrheit sprach sich gegen den Antrag aus, wegen der Stellung der Oberrechnungskammer zum Landtag und wegen der dadurch hervorgerufenen Verantwortlichkeit des Ernennungsrechtes der Krone. Beinhaltung der kaufmännischen Verbände, Ortsausführer, Arbeiter- und Angenieurverbände, des Verbandes der Bad. Beamten- und Lehrerbereine verlangten ebenfalls Vertreter in der Ersten Kammer. Die Kommission beantragt, sie durch die Beschlässe für erledigt zu erklären. Zur Umgestaltung der Zweiten Kammer lagen vier Anträge auf Einführung der Verhältniswahl vor, wovon Nationalliberale, Fortschritt, Volkspartei und Sozialdemokratie die Verhältniswahl fürs ganze Land verlangten. Grundförmlich waren sich Regierung und Parteien über die Vorzüge dieses Verfahrens, wie Wegfallen der Stimmwahlen, einig. Andererseits wurden aber auch Bedenken gegen die einmündige Stimmgebung geltend gemacht, daß keine Sicherheit dagegen bestehe, daß der Abgeordnete von seinem Bezirk losgelöst sei, daß die Macht der Parteien vergrößert werde, daß ein Körper doch möglich sei. Die einmündige Stimmgebung sei ein Sprung ins Dunkle. Eine Mehrheit sprach sich für die Verhältniswahl fürs ganze Land aus; andere sprachen sich dafür aus, man solle sich nicht für ein bestimmtes System festlegen. Eine Mehrheit sprach sich gegen die Verhältniswahl aus — nicht für alle Zukunft, man solle aber erst Erfahrungen in anderen Ländern abwarten. Das platte Land müsse vor der Macht der Städte geschützt werden. Diese Mehrheit sprach sich jedoch für den Proporz für die großen Städte aus. Dieser Antrag des Zentrums fand Ablehnung bei allen anderen Mitgliedern. Wenn man eine Krabe machen wolle, dürfe man dies nicht allein in den Städten, sondern auch auf dem Lande tun. Die Regierung sprach sich gegen den Proporz fürs ganze Land aus, empfahl aber zunächst den Proporz fürs ganze Land aus. Die Anträge der Nationalliberalen, Fortschritt und Sozialdemokraten erhielt eine Mehrheit von 9 gegen 7 Stimmen, mit demselben Stimmverhältnis wurde der Zentrumsantrag abgelehnt. Ein Antrag Müller will das politische Frauenstimmrecht. Die Antragsteller wiesen hin auf die wichtige Stellung der Frau im heutigen Wirtschaftsleben, sie müßte deshalb auch Einfluß auf die Gesetzgebung haben. Die Mehrheit lehnte das Frauenstimmrecht ab. Die Frau gehöre den Kindern, in die Küche und in die Kirche, der Mann gehöre ins öffentliche Leben, die Frau ins Haus. Die deutsche Frau erwarte nach dem Kriege das Frauenstimmrecht nicht als Verlohnung, sie habe ein anderes Ideal. Die Regierung sprach sich ebenfalls gegen das Frauenstimmrecht aus, der Frau komme als Erzieherin und Mutter eine größere Aufgabe in der Zukunft zu. Die vielen gestellten Anträge haben nur ein so mageres Ergebnis gebracht, daß man vom Steigen des Bergs und dem kleinen Mäuslein jene Erscheinung zu wirken, Amigundens Anblick auf das Gemüt.

Die geheimnisvolle junge Fremde war ihr einfach und doch standesgemäß gefleckt. Ein lichtgraues, an den Seiten mit kunstvoll zifelierten Silberberippan aufgenommener Oberpann von schwarzen, fildenglänzendem Wollstoff fiel in harmonischen Falten über ein tiefblaues Samtkleid, das reiche dunkle Haar deckte eine braune Samtkappe mit wallenden Ädelser umwunden; wie ein schlüssiger Rahmen umgab sie das lächelnde und doch so würdevolle Antlitz. „Wir klängs,“ sagte sie, und glodern in tönte die Stimme, „als kündete das Abendglau von Jut. Brud' her in dieser Stille die sichente Abendstunde; Ihr habt es auch vernommen, Frau Jutta?“ wandte sie sich an die Alte.

(Fortsetzung folgt.)

Literarisches.

Missionspflege an höheren Schulen. Mit dem 1. Juni ist von der Reichsdruck des Franziskus-Akademie-Missionsvereins zu Baden das erste Heft der unter Mitwirkung von Religionslehrern herausgegebenen Sondernummer für die höheren Schulen erschienen. Die Auflage mußte gleich auf 30.000 Exemplare festgesetzt werden. Die Nummer ist ein mit trefflichen Illustrationen ausgestatetes Heft von 24 Seiten. Nach einem die Jugend begeisterten Leitwort schildern die einzelnen Artikel, wie Christ großer Marschbefehl an die Kirche: „Wach auf, du Kirche!“ im Laufe der Jahrhunderte auf den verschiedensten Missionsgebieten verwirklicht worden ist. Eine interessante Studie bildet den Abschluß der Nummer, in der, der studierenden Jugend angepaßten Eigenart der Missionsfrage auf den höheren Schulen wie ein eizige und treue Anhänger gewinnen wird. Bestellungen sind zu richten an die Zentrale des Franziskus-Akademievereins, Abt. für höhere Schulen, a. D. des Herrn Prof. Geres, Baden, Klosterplatz 8.

den Kame. Der... (Continuation of text from the right page)

Kriegsjahres.

man mit der Annahme...
Kriegsjahres.
man mit der Annahme...
Kriegsjahres.
man mit der Annahme...

den könne. Der Bericht...
den könne. Der Bericht...
den könne. Der Bericht...
den könne. Der Bericht...

vermehrten und zwar...
vermehrten und zwar...
vermehrten und zwar...
vermehrten und zwar...

zur Beteiligung bei...
zur Beteiligung bei...
zur Beteiligung bei...
zur Beteiligung bei...

Lokales.

Karlsruhe, 6. Juni 1918.
Aus dem Hofbericht...

Chronik.

Aus Baden.
Mannheim, 6. Juni...

Freiburg i. Br., 6. Juni.
In diesem Jahre werden...

Politische Nachrichten.

Bildungs- und militärische...
Bildungs- und militärische...
Bildungs- und militärische...

Dänische Handelskammer in London.

Berlin, 6. Juni.
Laut Berl. Lokalanz...

Erpressungsversuch Frankreichs gegen die Schweiz.

Berlin, 6. Juni.
Wie die Vossische Zeitung...

Die französische Niederlage eine Folge des Verfagens der Engländer.

Berlin, 6. Juni.
Während der schweren...

sch an der britischen...
sch an der britischen...
sch an der britischen...

Zur Rede Clemenceaus.

Berlin, 6. Juni.
Wem selbst ein...

Die Ukraine, die Donste Regierung und das Kuban-Gebiet.

Unserem Vertreter...
Unserem Vertreter...
Unserem Vertreter...

In Kiew ist gleichfalls...
In Kiew ist gleichfalls...
In Kiew ist gleichfalls...

Die Erklärung der Unabhängigkeit Weiß-Rutheniens.

Unserem Vertreter...
Unserem Vertreter...
Unserem Vertreter...

Die neue Regierung Sibiriens im Schlepptau Amerikas.

Kiew, 2. Juni.
Die Moskauer...

Karlsruher Ständebuch-Auszüge.

Todesfälle.
Todesfälle.
Todesfälle...

Verordnung über den Erwerb von Bürgerrechten.

Donnerstag, 6. Juni.
11 Uhr: Eugen Stuh...

